Verfahrensübersicht Änderungsanträge Kommunalpolitische Erklärung

Erläuterung:
Unterstrichen sind neu eingefügte Passagen der Antragsteller*innen, bzw. Übernahme dieser neuen Passagen.
~~Durchgestrichen~~ sind Ursprungstexte, die gestrichen werden
Fett sind die Textabschnitte, die im Gegensatz zum Änderungsantrag modifiziert wurden.

*Bei allen Änderungsanträgen ist mit den Antragsteller*innen eine Einigung hergestellt worden, so dass eine Abstimmung über die Änderungsanträge nicht erfolgt.*

Ä8	**Von Zeile 270 bis 272 einfügen:** war nicht zuletzt deshalb oftmals ein Desaster, weil es den Schulen an der erforderlichen technischen Ausstattung fehlte. Vielfach steckt selbst der LAN-Ausbau als Voraussetzung zur Schaffung von WLAN in Schulen noch in den Kinderschuhen. Um ihre Aufgaben zu bewältigen und den Herausforderungen gerecht werden zu können, müssen die Kommunen	**Übernahme**
Ä3	**Von Zeile 345 bis 347:** Verzicht auf fossile Brennstoffe an – entweder über städtebauliche Verträge oder bei der ~~Veräußerung~~Bereitstellung von Baugrundstücken mittels Verkauf oder des von uns aus Gründen einer nachhaltigen Haushalts- und Stadtplanungspolitik bevorzugten Erbbaurechts. Um den Klimaschutz in den Kommunen voranzutreiben, bedarf es auch entsprechender Kapazitäten in der öffentlichen	**Modifiierte Übernahme** ...über städtebauliche Verträge oder bei der ~~Veräußerung~~Bereitstellung von Baugrundstücken mittels Verkauf oder des von uns aus Gründen einer nachhaltigen Haushalts- und Stadtplanungspolitik **im Grundsatz** bevorzugten Erbbaurechts. Um den Klimaschutz in den Kommunen ...

Ä6	**Von Zeile 352 bis 353 einfügen:** Wohnquartiere müssen so gestaltet sein, dass sich Menschen gerne dort aufhalten. Hierzu gehören öffentliche Plätze als Begegnungsorte ohne Konsumzwang und als Ruhezonen mit Sitzgelegenheiten, ausreichend Grünflächen und schattenspendende Plätze genau so wie Straßen, die zum Aufenthalt und zum Spielen einladen. Wir möchten verhindern, dass Wohnquartiere zu reinen Schlaforten verkommen, und stärken daher die Zu-Fuß-Mobilität. Die Gestaltung des öffentlichen Verkehrsraums stärkt die gegenseitige Rücksichtnahme. Taktgeber*innen für die Mobilität im Quartier sind Menschen mit Kinderwagen, Laufrad, Rollator oder Rollstuhl. Es ist eine der größten Herausforderungen, den Wandel von der autogerechten zur	**Übernahme**
Ä5	**Von Zeile 413 bis 415 einfügen:** Wohnung aufwenden zu müssen, ist leider keine Seltenheit mehr. Wohnen ist ein Menschenrecht, deshalb setzen wir uns für bezahlbaren Wohnraum für alle ein. Das Wohnraumschutzgesetz, die Wohnraumzweckentfremdungsverordnung und der qualifizierte Mietspiegel müssen landesweit mindestens in Ballungsgebieten umgesetzt werden. Um der anhaltend hohen Nachfrage nach Wohnraum nachzukommen und gleichzeitig **Von Zeile 420 bis 425 einfügen:** bezahlbar zu halten, treten wir für eine aktive kommunale Bodenpolitik ein, mit der Immobilienspekulation Einhalt geboten werden kann. Um besseren und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, sollen kommunale Bauflächen für den Mietwohnungsbau nicht mehr nach dem Preis, sondern im Rahmen einer	**Übernahme**

	Konzeptvergabe nach den geringsten garantierten Mieten bei gleichzeitiger Einhaltung der Kriterien der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB) vergeben werden. Wo möglich, sollen die soziale Bodennutzung in Erbpacht geschehen, damit die Flächen im kommunalen Besitz verbleiben. Mindestens 30 Prozent der Wohnflächen in neuen Wohnquartieren müssen durch entsprechende kommunale Festsetzungen als	
Ä4	**Von Zeile 422 bis 424:** Wohnraum zu schaffen, sollen kommunale Bauflächen für den Mietwohnungsbau nicht mehr nach dem ~~Preis~~Höchstpreis, sondern im Rahmen einer Konzeptvergabe nach den geringsten garantierten Mieten vergeben werden. Mindestens 30 Prozent der Wohnflächen in	**Übernahme**
Ä 2	**Von Zeile 426 bis 428 einfügen:** bezahlbarer Wohnraum realisiert werden. Um Spekulationen entgegenzuwirken, setzen wir auch auf eine Vergrößerung kommunalen oder gemeinwohlorientiertem Wohnungsbestands, auf wirksame Instrumente zur Begrenzung von Mietsteigerungen und auf Bauverpflichtungen. Unsere landesweite Forderung, eine Landeswohnungsbaugesellschaft zu schaffen, flankieren wir, indem wir kommunale	**Übernahme**
Ä 1	**Von Zeile 434 bis 440:** und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jeder Mensch hat ein Recht darauf,	**Modifizierte Übernahme:** Jeder Mensch hat ein Recht darauf, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen. ~~Bildungspolitik ist in~~

	dass ihm alle Bildungschancen offenstehen. ~~Bildungspolitik ist in erster Linie Ländersache, die Kommunen stehen jedoch als Schulträger ebenfalls in der Verantwortung: für die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Dem~~Bildungspolitik ist nominell in erster Linie Ländersache, aber die Auswirkungen von Bildungspolitik sind als erste in der Kommune vor Ort direkt spürbar. Die Verbesserung der Bildungschancen von Schüler*innen erfordert zudem Anstrengungen in anderen Politikbereichen, etwa der Gesundheits- und Sozialpolitik. Deshalb setzen wir uns für eine Bildungssteuerung in einer staatlich-kommunalen Verantwortungsgemeinschaft ein, die in der Lage ist, die unterschiedlichen Politikfelder aufeinander zu beziehen, um unmittelbar vor Ort wirksame stimmige Entscheidungen im Interesse gelingender Bildungsbiographien der Menschen treffen zu können. Hierzu gehören z.B. eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsträger vor Ort oder die Entwicklung nachhaltiger und innovativer Bildungskonzepte. Dieser Verantwortung wollen wir im Land und in den Kommunen im Sinne unserer Kinder gerecht werden. Krippen, Kitas und	~~erster Linie Ländersache, die Kommunen stehen jedoch als Schulträger ebenfalls in der Verantwortung: für die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schulen, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Dem~~ Bildungspolitik ist nominell in erster Linie Ländersache, aber die Auswirkungen von Bildungspolitik sind als erste in der Kommune vor Ort direkt spürbar. **Die Kommunen stehen als Schulträger in der Verantwortung u.a. für die räumliche und sachliche Ausstattung unserer Schule, für ein gute Kita- und Krippenangebot.** Die Verbesserung der Bildungschancen von Schüler*innen erfordert zudem aber auch Anstrengungen in anderen Politikbereichen, etwa der Gesundheits- und Sozialpolitik. **Deshalb setzen wir uns auch in den Kommunen für eine Bildungssteuerung ein, die in der Lage ist**, die unterschiedlichen Politikfelder aufeinander zu beziehen, um unmittelbar vor Ort wirksame stimmige Entscheidungen im Interesse gelingender Bildungsbiographien der Menschen treffen zu können. Hierzu gehören z.B. eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung, die Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Bildungsträger vor Ort oder die Entwicklung nachhaltiger und innovativer Bildungskonzepte.

Ä11	**Von Zeile 458 bis 459 einfügen:** ...den zügigen bedarfsgerechten Ausbau hochwertiger Kita- und Krippenplätze mit guter Personalausstattung ein. Der Fachkräftemangel im Erzieher:innenbereich ist so ausgeprägt, dass überall in Niedersachsen Krippen und Kindergärten gerade ihr Angebot reduzieren müssen. Über Angebotsausbau kann vielerorts gar nicht nachgedacht werden. Wir laufen in eine massive Betreuungskrise, die wir so schnell und so aktiv wie möglich angehen müssen. Das klappt nur, wenn Kommunen und Land gemeinsam handeln, gemeinsam für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.	**Modifizierte Übernahme** ...den zügigen bedarfsgerechten Ausbau hochwertiger Kita- und Krippenplätze mit guter Personalausstattung ein. Der Fachkräftemangel im Erzieher:innenbereich führt dazu, dass **der Betreuungsbedarf vielerorts nicht gedeckt werden kann. Flächendeckend entstehen zu wenig zusätzliche Angebote; der Ausbau geht nicht voran.** Wir sind in einer massiven Betreuungskrise, die wir so schnell und so aktiv wie möglich angehen müssen. Das klappt nur, wenn Kommunen und Land gemeinsam handeln, gemeinsam für bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.
Ä9	**Von Zeile 477 bis 479 einfügen:** wichtiger Standortfaktor. Die zahlreichen Vereine und vielfältigen Einrichtungen sorgen für Zusammenhalt und ein gesellschaftliches Miteinander. Für eine nachhaltige Gestaltung der sozialen und kulturellen Landschaft ist es unabdingbar, den Vereinen und Einrichtungen eine möglichst lange Planungssicherheit zu bieten. Dafür stehen wir in den Räten und Kreistagen.	**Übernahme**
Ä7	**Von Zeile 478 bis 479 einfügen:** sorgen für Zusammenhalt und ein gesellschaftliches Miteinander. Dafür stehen	**Modifizierte Übernahme** Nach Zeile 481 soll eingefügt werden:

	wir in den Räten und Kreistagen. **Für gesunde Kommunen** Die Gesundheitsversorgung ist elementarer Bestandteile der öffentlichen Daseinsfürsorge, unser Gesundheitssystem ist ein Sicherheitsnetz. Eine umfassende Gesundheitsversorgung benötigt in den Kommunen ausreichend Ärztinnen und Ärzte, selbständige Gesundheits- und Pflegefachberufe, Apotheken, die regionalen Krankenhäuser und den öffentlichen Gesundheitsdienst. Diese sollen gut erreichbar und vernetzt sein. Wir begreifen eine vernetzte, regional koordinierte und gesteuerte Gesundheitsversorgung als zentrale Handlungsfelder grüner Kommunalpolitik. Die Gesundheitsförderung und Prävention verstehen wir als kommunale Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern (Health in All Policies). Um die gesundheitlichen Auswirkungen der Klimaveränderungen entgegen zu wirken, brauchen wir in den Kommunen Hitzenaktionspläne. Die Kommunen müssen die Versorgungssituation und die Infrastruktur vorausschauend im Blick haben. Sie sollten die Rolle des Moderators und Impulsgebers für Vernetzung einnehmen. Wo es erforderlich und sinnvoll ist, sollten Kommunen auch Investitionen tätigen, um die Rahmenbedingungen für Gesundheit und Pflege zu verbessern. Dabei muss das Land seiner Verpflichtung nachkommen, die Investitionen der Krankenhäuser bedarfsgerecht zu finanzieren. Regionale Vernetzungstrukturen zwischen den Gesundheitspartner*innen beispielsweise in den Gesundheitsregionen möchten wir landesweit ausbauen	"Ebenso sind Gesundheit und Pflege elementare Bestandteile der öffentlichen Daseinsfürsorge. In den Kommunen wollen wir für eine gute, allen Menschen zugängliche Gesundheitsversorgung eintreten. Wir begreifen Gesundheitsförderung und Prävention als kommunale Querschnittsaufgabe sämtlicher Politikfelder ("Health in All Policies"), die alle Altersbereiche umfasst: Gesund aufwachsen, leben, arbeiten und altern. Gesundheitsfördernde Lebenswelten entstehen nicht von selbst, sondern bedürfen der aktiven Unterstützung durch den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD). Diesen wollen wir personell sowie digital fördern und stärken. Wir fordern Bund und Länder auf, zukunftsfähige Strukturen im Rahmen des „Pakts für den Öffentlichen Gesundheitsdienst“ aktiv zu unterstützen.

	und verstätigen. Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) und die Verantwortlichen*innen vor Ort stärken die Gesundheitskompetenz durch für Alle erreichbare kommunale Gesundheitsberatung. Über gemeinsam betriebene regionale sowie digitale Gesundheitsportale der Kommunen, werden die Bürger*innen über gesundheitsbezogene Angebote und Veranstaltungen informiert. Eine gute kommunale Gesundheitsversorgung umfasst alle Altersbereiche: Gesund aufwachsen, leben, arbeiten und altern. Gesundheitsfördernde Lebenswelten entstehen nicht von selbst, sondern bedürfen der aktiven Unterstützung durch den ÖGD. Für diese Aufgaben muss der ÖGD personell und technisch gestärkt und zu einer tragenden Säule des kommunalen Gesundheitswesens ausgebaut werden. Wir wollen, dass Senior:innen so lange wie möglich selbstbestimmt in vertrauter Umgebung leben können. Barrierefreiheit in öffentlichen Bereichen soll ebenso selbstverständlich sein, wie ein bedarfsgerechtes Angebot an Hilfsdiensten. Die Kommunen müssen diese Aspekte in ihrer Gemeinde- und Stadtentwicklung berücksichtigen.	
Ä10	**Von Zeile 501 bis 502 einfügen:** Akteur*innen zusammenzubringen, Konzepte zu erarbeiten und die dafür erforderlichen Fördermittel des Bundes und des Landes einzuwerben. Aber auch kleinere Städte brauchen Stellenanteile, die sich mit der Entwicklung	**Modifizierte Übernahme** … In den größeren Städten streben wir ein Zentrumsmanagement an. **Auch in kleineren Städten und Gemeinden ist hauptamtliches Personal**

	von Zentren beschäftigen. Insbesondere Konzeptentwicklungen mit Akteur:innenbeteiligung und Fördermittelmanagement können kaum in den kleineren Verwaltungen übernommen werden, dabei sind dies inzwischen zentrale Aufgaben der kleinen Kommunen.	**notwendig, um die Weiterentwicklung der Zentren voran zu treiben.** Das hat die Aufgabe, die Akteur*innen zusammenzubringen, Konzepte zu erarbeiten und die dafür erforderlichen Fördermittel des Bundes und des Landes einzuwerben.